

Pressemeldung

Jugendhilfeleistungen rechnen sich schon nach wenigen Jahren: AWO legt anlässlich Ministerpräsidentenkonferenz neue Berechnungen vor

Berlin, 25.06.2026. Anlässlich der heutigen Ministerpräsidentenkonferenz hat die Arbeiterwohlfahrt (AWO) neue Berechnungen zu den Folgekosten von Sozialkürzungen vorgelegt. Die möglichen Einschränkungen von Leistungen der Jugendhilfe, die auf der Tagesordnung der Länderchefs stehen, gefährden laut dem Verband erhebliche finanziell messbare und darüberhinausgehende gesellschaftliche Mehrwerte.

Die Ergebnisse der Untersuchung sind eindeutig: Die rein finanziellen Mehrwerte übersteigen die Kosten kurz- bzw. mittelfristig:

- bei der Nachbetreuung für junge Erwachsene, die aus den Regelstrukturen der Jugendhilfe ausscheiden, **nach gut 2 Jahren.**
- bei den Hilfen zur Erziehung für unbegleitete minderjährige Ausländer*innen **nach 5,5 Jahren.**

Hinzu kommen weitere gesellschaftliche Mehrwerte, die weniger gut monetarisiert werden können und hier noch nicht berücksichtigt sind.

Dazu erklärt AWO-Bundesvorstand Dr. Marvin Deversi:

„Der finanzielle Druck in den Kommunen ist eine Realität, die wir sehr ernst nehmen. Doch wenn nun über die Kürzung sozialer Leistungen diskutiert wird, müssen die Folgekosten dieser Einschnitte berücksichtigt werden. Unsere Berechnungen zeigen klar, dass die Kinder- und Jugendhilfe sich allein finanziell ‚rechnet‘ – die getätigten Investitionen sorgen dafür, dass die Ausgaben sich schnell amortisieren. Dieser Nutzen muss berücksichtigt werden, wenn man sich überlegt, welche Leistungen man aus Einspargründen streicht. Wir fordern eine konsequente Folgekostenprüfung für alle Leistungen, die aktuell zur Diskussion stehen – und tragen gerne selbst dazu bei, wie unsere Analyse zeigt.“

Neben dem volkswirtschaftlichen Argument macht die AWO auch auf die Folgen der Kürzungen für die Zielgruppen aufmerksam. Dazu Dr. Marvin Deversi:

„Natürlich muss neben einer Untersuchung der Folgekosten auch die Frage gestellt werden: Was heißt die Kürzung von Leistungen für diese jungen Menschen? Eine Reform, die sich nur dafür interessiert, wo der Staat vermeintlich sparen kann, ist keine. Sozialreformen müssen sich immer daran ausrichten, wie das Leben der Bürger*innen, allen voran der jungen Menschen, besser werden kann. Das ist nicht nur politischer Auftrag aller föderalen Ebenen, sondern auch verbrieftes Recht von Kindern und Jugendlichen.“

Zur Analyse: https://awo.org/wp-content/uploads/Pressemeldungen/2026/20260625_Keine-Kuerzungen-ohne-Folgekosten-zu-pruefen_AWO.pdf